

Abgaben statt Kontingente

Von Reiner Eichenberger — Der Bundesrat verheddert sich bei der Personenfreizügigkeit. Die Schweiz sollte von Wirtschaftsmigranten eine Zuwanderungsgebühr von 5000 Franken im Jahr verlangen.



Viele sehen die Gespräche mit der EU zur Personenfreizügigkeit als Pokerspiel. Dumm ist nur, dass der Bundesrat nicht pokern kann. Erstens kennt er seine Karten nicht.

Zwar bestellte er mehrere Studien zur Wirkung der Bilateralen, deutet aber nun ihre Ergebnisse falsch. Aufgrund einer Simulationsstudie der Firma Ecoplan behauptete er kürzlich, ohne Personenfreizügigkeit und Bilaterale I wäre das Bruttoinlandprodukt (BIP) im Jahr 2035 um 4,9 Prozent tiefer. Doch gerade diese Studie zeigt, wie klein die Verluste wirklich ausfielen: Die Arbeitseinkommen pro Arbeitskraft und die Kapitaleinkommen pro investierten Franken wären nur um 0,7 Prozent tiefer; ihr Wachstum bis 2035 betrüge gut 9 statt knapp 10 Prozent.

Die Verluste sind so klein, obwohl Ecoplan auf Geheiss des Bundes alle Wachstumsnachteile über achtzehn Jahre kumulierte und annahm, Wirtschaft und Politik unterliessen alle naheliegenden Anpassungsmassnahmen. Schlimmer noch: Der Bund gab allen bisherigen Studien einen ganz grundsätzlichen Fehler vor. Sie schätzen nicht die Vor- und Nachteile der Bilateralen, sondern nur die Vorteile. Dabei stimmten doch die Bürger für eine selbständige Steuerung der Zuwanderung, weil sie die Nachteile des enormen Bevölkerungswachstums fürchten, etwa die Verknappung von Land, Infrastruktur und die Verminderung der Umweltqualität, oder dass unsere Demokratie leidet darunter, wenn immer mehr Einwohner kein Stimmrecht haben.

Unsinniges Stop-and-go

Zweitens verfolgt der Bundesrat eine unsinnige Strategie. Er will die Zuwanderung mittels Schutzklauseln lenken: Wenn die Zuwanderung einen bestimmten Wert überschreitet, gelten im nächsten Jahr Kontingente. Die Festlegung der Höchstzahlen und Kontingente will er an eine Kommission aus Vertretern von Bund, Kantonen und den Sozialpartnern delegieren. Doch diese Akteure sind gegen griffige Schutzmechanismen! Denn die Kosten der Zuwanderung trägt die Allgemeinheit; jede einzelne Branche und jeder Kanton will für sich möglichst grosse Kontin-

gente. Griffige Schutzklauseln hingegen würden zu absurden Zuwanderungsrennen führen. Migrationswillige würden möglichst noch zuwandern, bevor die Schutzklausel greift. So würde die Zuwanderung aufgebläht und die Schutzklausel erst recht ausgelöst. Dadurch entstünde ein völlig unsinniger Wechsel zwischen übermässiger Zuwanderung und starker Abschottung. Die schädlichen Schutzklauseln gegenüber der EU werden vom Bundesrat mit übermässig restriktiven Kontingenten für Drittländer flankiert. So mangelt es der Schweiz zunehmend an wirklichen Spezialisten, und sie wird von den



Alternative zum lausigen Pokerspiel.

wirtschaftlich dynamischen Weltregionen abgeschottet. Zugleich vertritt der Bundesrat immer stärkere flankierende Massnahmen, die mit dem flexiblen Arbeits- und Wohnraummarkt zwei Erfolgsfaktoren der Schweiz untergraben. Damit öffnet der Bundesrat aber nur die Tore für Volksinitiativen mit viel härteren Beschränkungen.

Zu diesem lausigen Pokerspiel gibt es eine viel bessere Alternative: Zuwanderungsabgaben für Erwerbstätige und Nichterwerbstätige, deren Höhe von der hier verbrachten Zeit abhängen. Mit solchen Abgaben können Ausländer frei, unbürokratisch und zeitgerecht eingestellt werden. Es kommen auto-

matisch diejenigen, die davon stark profitieren oder ihren Arbeitgebern viel nützen. Ein solches Abgabensystem kann auch gut auf Kurzaufenthalter und Grenzgänger angewendet werden. So wird ein Teil der grossen Gewinne aus der Zuwanderung an die Allgemeinheit umgelenkt, die die Kosten der Zuwanderung trägt. Was den Schweizern automatisch einen gewissen Vorrang verschafft.

Abgaben sind EU-kompatibler als Kontingente. EU-Bürger können ohne Zulassungsverfahren frei in die Schweiz einwandern. Trotz Abgaben bleibt ihre fiskalische Gesamtbelastung zumeist kleiner als in der EU. Die Strategie «Abgaben statt Kontingente» ist auch Grundlage der EU-Handels-, -Umwelt- und -Verkehrspolitik. So war die EU strikt gegen Schweizer Alpentransitkontingente, akzeptierte aber Transitabgaben.

Zugang zum Tresor

Zuwanderungsabgaben sind wohlbegründet. Die hohe Zuwanderung ist grossenteils eine Folge besserer Staatsleistungen bei tieferen Steuern. Das kann die Schweiz nur bieten, weil

Abgaben lenken einen Teil der Gewinne aus der Zuwanderung an die Allgemeinheit um.

sie über lange Jahre nur wenig Schulden gemacht hat und ein grosses Vermögen in Form von Infrastruktur, öffentlichen Unternehmen, Immobilien sowie Reserven im Sozialversicherungssystem aufgebaut hat. So ist in der Schweiz das Nettovermögen um weit mehr als 200 Prozent des BIP höher als in der EU. Das bringt bei einer langfristig realistischen Verzinsung von 3 Prozent Finanzierungsvorteile von jährlich rund 38 Milliarden Franken, also jährlich pro Einwohner 4600 Franken oder täglich 12 Franken tiefere Steuern und Abgaben.

Es wäre nur fair, wenn von Zuwanderern während beispielsweise fünf Jahren Abgaben in dieser Grössenordnung erhoben würden. Dadurch würde die Zuwanderung sinken, und sie würde für die grosse Mehrheit der bisherigen Einwohner vorteilhaft. Ein kleiner Teil der Einnahmen könnte der EU überlassen werden, um ihr Verständnis für diese Massnahme zu fördern. Schliesslich sollten die Abgaben auch bei Zuwanderern aus Drittländern erhoben und so die Schweiz gegenüber der grossen Welt geöffnet werden.

Reiner Eichenberger ist Ökonomieprofessor und Leiter des Seminars für Finanzwissenschaft der Universität Freiburg.